



Geschäftsbericht

2024

BBB Bürgschaftsbank zu
Berlin-Brandenburg GmbH



AktivaStand am
31.12.2024
EURVorjahr
TEUR

EUR

PassivaStand am
31.12.2024
EURVorjahr
TEUR

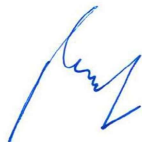
EUR

1. Barreserve			1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) Kassenbestand	0,00	0	b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.093,70	0
2. Forderungen an Kreditinstitute			2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) täglich fällig	2.700.878,32	2.789	a) täglich fällig	0,00	0
b) andere Forderungen	5.926.656,06	4.524			
3. Forderungen an Kunden	509.749,42	544	3. Sonstige Verbindlichkeiten	609.919,53	253
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			4. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0
b) Anleihen u. Schuldverschreibungen			5. Rückstellungen		
ba) von öffentlichen Emittenten	19.178.239,16	19.239	c) andere Rückstellungen	15.653.609,77	17.723
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen			6. Fonds für allgemeine Bankrisiken	14.976.946,20	11.177
Bundesbank EUR 19.178.239,16 (Vorjahr: EUR 19.239.127,00)					
5. Aktien und andere nicht			7. Eigenkapital		
festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0			
6. Beteiligungen	5.500,00	6	a) Gezeichnetes Kapital	4.329.375,00	4.329
			b) Kapitalrücklage	3.701.641,71	3.702
7. Immaterielle Anlagewerte			c) Gewinnrücklagen		
b) entgeltlich erworbene Konzessionen,			cc) satzungsmäßige Rücklagen	5.884.017,34	5.658
gewerbliche Schutzrechte und ähnliche					
Rechte und Werte sowie Lizenzen an					
solchen Rechten und Werten	95.500,00	0			
8. Sachanlagen	15.404.349,89	15.594			
9. Sonstige Vermögensgegenstände	1.232.813,97	98			
10. Rechnungsabgrenzungsposten	102.916,43	48			
	<u>45.156.603,25</u>	<u>42.842</u>		<u>45.156.603,25</u>	<u>42.842</u>

Berlin, 16. April 2025



Steffen Hartung



Peter Straub

1. Eventualverbindlichkeiten:		
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	261.697.433,69	257.232
2. Andere Verpflichtungen:		
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	20.627.297,80	20.065

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>Stand am 31.12.2024</u> <u>EUR</u>	<u>Vorjahr</u> <u>TEUR</u>
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		224.435,09		
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>568.594,53</u>	793.029,62	905
2. Provisionserträge			8.253.856,94	7.799
3. Provisionsaufwendungen			-4.391,28	-3
4. Sonstige betriebliche Erträge			1.107.097,14	1.005
5. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	-2.661.861,04			-2.397
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, darunter für Altersversorgung: EUR 125.067,92 (Vorjahr: EUR 135.812,90)	<u>-562.282,96</u>	-3.224.144,00		-551
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>-1.878.512,69</u>	-5.102.656,69	-1.471
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			-203.658,08	-230
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-176.239,24	-144
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-491.842,45	-2.208
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-193.513,07	-396
10. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			44.606,08	141
11. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			-3.800.000,00	-2.300
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			<u>226.288,97</u>	<u>152</u>
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
c) in satzungsmäßige Rücklagen			226.288,97	152
14. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			<u>0,00</u>	<u>0</u>

Berlin, 16. April 2025



Steffen Hartung



Peter Straub

Anhang

A. Allgemeines

Die Gesellschaft verfolgt Zwecke im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 8 KWG.
Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften des HGB und der besonderen Vorschriften des HGB für Kreditinstitute, des GmbHG sowie der RechKredV aufgestellt.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen den Anforderungen des HGB in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes und des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes.

2. Wie Anlagevermögen bewertete Vermögensgegenstände

Die wie Anlagevermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Sachanlagen) sowie die immateriellen Anlagewerte (Software) werden zu Anschaffungskosten abzüglich nutzungsbedingter linearer Abschreibungen bewertet.

Als Nutzungsdauer sind bei den Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens 33 Jahre für das eigene Gebäude und drei bis 15 Jahre für Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie bei den immateriellen Vermögensgegenständen grundsätzlich drei Jahre zugrunde gelegt.

Gemäß § 6 Abs. 2 EStG wurden im Berichtsjahr geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800,00 EUR voll abgeschrieben.

Beteiligungen wurden ebenfalls mit ihren Anschaffungskosten bilanziert.

3. Wie Umlaufvermögen bewertete Vermögensgegenstände

Die Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden (Bürgschaftsprovisionen, Bearbeitungsgebühren) sowie die sonstigen Vermögensgegenstände wurden zu Nennwerten angesetzt.

4. Rechnungsabgrenzungsposten

Rechnungsabgrenzungsposten wurden zum Nennbetrag angesetzt.

5. Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zu dem jeweiligen Erfüllungsbetrag.

6. Rückstellungen

Die Rückstellungen tragen allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen Rechnung und sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ausreichend bemessen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Allen im Bürgschafts- und Garantiegeschäft erkennbaren Einzelrisiken hat die BBB durch Bildung von Einzelrückstellungen Rechnung getragen. Für die latenten Risiken im Bürgschafts- und Garantiegeschäft wurde eine Pauschalrückstellung gemäß IDW RS BFA 7 gebildet. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgt zum 31. Dezember 2024 unter Berücksichtigung eines erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten unter Beachtung des Loss Given Defaults. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden von den Eventualverbindlichkeiten abgesetzt.

7. Latente Steuern

Es wurden keine latenten Steuern gebildet, da die Bürgschaftsbank als ein Unternehmen zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft durch Übernahme von Ausfallbürgschaften für Kredite und die Vergabe von Garantien steuerbefreit ist.

8. Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Garantien mit den valutierenden Beträgen nach Abzug der gebildeten Einzelrückstellungen und Pauschalwertberichtigungen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Unter den anderen Verpflichtungen werden Verpflichtungen aus unwiderruflichen Kreditzusagen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Der Ausweis unter der Bilanz erfolgte auf Grundlage der laufenden Überwachung der Bürgschafts- und Garantieengagements. Die Risiken wurden im Zuge von Einzelbewertungen der Bonität dieser Kunden beurteilt. Die ausgewiesenen Beträge zeigen nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverpflichtungen und anderen Verpflichtungen nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen wird.

C. Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, Fristengliederung

A k t i v a

EUR

2. Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute bestehen in Höhe von 8.627.534,38 EUR (Vorjahr: 7.312.941,29 EUR) gegen Gesellschafter.

Die anderen Forderungen in Höhe von 5.926.656,06 EUR (Vorjahr: 4.524.265,56 EUR) haben eine Restlaufzeit bis drei Monate.

3. Forderungen an Kunden

nach Restlaufzeiten:

1. bis drei Monate	509.749,42
2. mehr als drei Monate	0,00
	<u>509.749,42</u>

In dem Posten Forderungen an Kunden sind keine Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Bei den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 19.178.239,16 EUR handelt es sich ausschließlich um börsennotierte Wertpapiere. In 2024 waren Wertpapiere zum Nennwert von 6.000.000,00 EUR fällig.

Bei einer Bewertung der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren nach dem Niederstwertprinzip war eine Abschreibung in Höhe von 193.513,07 EUR und eine Zuschreibung in Höhe von 44.606,08 EUR notwendig.

In dieser Position sind keine Forderungen gegen Gesellschafter enthalten.

6. Beteiligungen

Bei der 1995 erworbenen Beteiligung handelt es sich um die Bundeskreditgarantiegemeinschaft des Handwerks GmbH, Berlin.

8. Sachanlagen

In dieser Bilanzposition sind 15.220.925,16 EUR für Grund und Boden, für Gebäude und Außenanlagen ausgewiesen.

Des Weiteren enthält die Bilanzposition Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 97.374,35 EUR (Vorjahr: 111.409,79 EUR) sowie geleistete Anzahlungen für geplante Umbauarbeiten an der Immobilie in Höhe von 86.050,38 EUR.

9. Sonstige Vermögensgegenstände

Von den sonstigen Vermögensgegenständen entfallen 1.044.852,14 EUR (Vorjahr: 11.994,03 EUR) auf Forderungen aus Rückbürgschaften durch den Bund und das Land Berlin aufgrund von Kreditausfällen. Weitere 117.282,65 EUR (Vorjahr: 61.200,95 EUR) resultieren aus umsatzsteuerlichen Forderungen gegenüber dem Finanzamt und 70.679,18 EUR betreffen sonstige Forderungen.

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen					Restbuchwerte	
	Stand am 01.01.24	U	Zugänge Umbuchung	U	Abgänge Umbuchung	Stand am 31.12.24	Stand am 01.01.24	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.24	Stand am 31.12.24	Stand am 31.12.23
<u>I. Immaterielle Anlageverwerte</u>	EURO		EURO		EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
1. Software	451.909,95	U	0,00		0,00	451.909,95	451.909,95	0,00	0,00	451.909,95	0,00	0,00
			0,00									
2. Geleistete Anzahlungen EDV	0,00		95.500,00		0,00	95.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	95.500,00	0,00
	451.909,95		95.500,00		0,00	547.409,95	451.909,95	0,00	0,00	451.909,95	95.500,00	0,00
<u>II. Sachanlagen</u>												
1. Grundstück	10.226.694,87	U	0,00		0,00	10.226.694,87	0,00	0,00	0,00	0,00	10.226.694,87	10.226.694,87
			0,00									
2. Außenanlagen	25.228,25	U	0,00		0,00	25.228,25	1.327,81	1.327,81	0,00	2.655,62	22.572,63	23.900,44
			0,00									
3. Bürogebäude	5.848.988,47	U	0,00		0,00	5.848.988,47	701.861,16	175.469,65	0,00	877.330,81	4.971.657,66	5.147.127,31
			0,00									
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	336.969,58	U	3.004,08		884,70	339.088,96	225.559,79	17.039,52	884,70	241.714,61	97.374,35	111.409,79
			0,00									
5. Mietereinbauten	0,00		0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	U	9.821,10		9.821,10	0,00	0,00	9.821,10	9.821,10	0,00	0,00	0,00
			0,00									
7. Geleistete Anzahlung und Anlagen im Bau	84.909,25	U	1.141,13		0,00	86.050,38	0,00	0,00	0,00	0,00	86.050,38	84.909,25
			0,00									
	16.522.790,42	U	13.966,31		10.705,80	16.526.050,93	928.748,76	203.658,08	10.705,80	1.121.701,04	15.404.349,89	15.594.041,66
			0,00		0,00							
<u>III. Finanzanlagen</u>												
Beteiligungen	5.500,00	U	0,00		0,00	5.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.500,00	5.500,00
			0,00									
<u>IV. Wertpapiere des Anlagevermögens</u>												
1. Schuldversch. / Festverz. Wertpapiere	21.247.170,34		6.361.417,79		7.093.689,16	20.514.907,97	2.650.130,42	193.513,07	1.138.295,24	1.705.348,25	18.809.559,73	18.597.048,93
2. Nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00		0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	38.227.379,71	U	6.470.884,10		7.104.394,96	37.593.868,85	4.030.789,13	397.171,15	1.149.001,04	3.278.959,24	34.314.909,62	34.196.590,59
			0,00	U	0,00							

P a s s i v a

3. Sonstige Verbindlichkeiten

Von den sonstigen Verbindlichkeiten entfallen 438.564,86 EUR (Vorjahr: 152.073,35 EUR) auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und 171.354,67 EUR (Vorjahr: 101.261,67 EUR) auf Verbindlichkeiten gegenüber Bund und Land aus beigetriebenen Regressforderungen.

4. Rückstellungen

Die Position „andere Rückstellungen“ enthält im Wesentlichen Rückstellungen für erkennbare Bürgschafts- und Garantierisiken in Höhe von 12.403.374,16 EUR und 1.771.461,04 EUR für latente Kreditrisiken.

Die in 2012 getroffene Entscheidung, auf die Hereinnahme von Risikolebensversicherungen zu verzichten, wurde für neue Engagements in 2021 zurückgenommen. Die in Vorjahren gebildete pauschale Rückstellung in Höhe von 871.000,00 EUR wird aufrecht erhalten und steht zur Absicherung für Risiken zur Verfügung, die für Bestandsengagements aus der ursprünglichen Entscheidung entstehen können.

Angaben unter dem Bilanzstrich

Der Gesamtbetrag der am 31.12.2024 valutierenden Bürgschaften und Garantien beträgt nach Abzug der Einzelrückstellungen und Pauschalwertberichtigung 261.697.433,69 EUR. Das Eigenobligo der Bürgschaftsbank beträgt per 31.12.2024 nach Abzug der bestehenden Rückbürgschaften von Bund und Land 77.334.487,58 EUR.

Unter den unwiderruflichen Kreditzusagen werden bereits zugesagte, aber am Bilanzstichtag noch nicht valutierende Bürgschaften in Höhe von 20.627.297,80 EUR ausgewiesen.

Gewinn- und Verlustrechnung

2. Provisionserträge

Ausgewiesen werden laufende Entgelte in Höhe von 7.192.676,69 EUR und Bearbeitungsgebühren in Höhe von 1.061.180,25 EUR.

4. Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge in Höhe von 656.113,29 EUR aus der Geschäftsbesorgung für die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH und 47.577,50 EUR aus der Geschäftsbesorgung im Rahmen des „Mikromezzaninfonds Deutschland“ enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen werden periodenfremde Erträge in Höhe von 30.118,81 EUR für Erstattungen von Nebenkosten der Verwaltung ausgewiesen.

Des Weiteren werden Erträge von 13.067,21 EUR aus Sachbezügen der Überlassung betrieblicher Kraftfahrzeuge, Erträge von 9.531,89 EUR aus Vermietung und Verpachtung sowie Erträge von 24.186,28 EUR aus Erstattungen nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz (AAG) ausgewiesen. In den sonstigen betrieblichen Erträgen werden darüber hinaus Erträge in Höhe von 269.890,76 EUR als Aufwandsunterstützung des Landes Berlin, der Industrie- und Handelskammer Berlin und der Handwerkskammer Berlin für das Projekt „Nachfolgezentrale Berlin“ ausgewiesen.

7. Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 22.674,00 EUR für Nachzahlungen von Nebenkosten der Verwaltung ausgewiesen.

11. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Berichtsjahr wurden 3.800.000,00 EUR dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zugeführt.

12. Jahresüberschuss

Der für das Geschäftsjahr 2024 ausgewiesene Jahresüberschuss von 226.288,97 EUR wurde gemäß Gesellschaftsvertrag in die satzungsmäßige Rücklage eingestellt.

Sonstige Angaben

Der Abschlussprüfer hat für das Geschäftsjahr 2024 nach § 285 Nr. 17 HGB Abschlussprüferleistungen erbracht. Hierfür wurde ein Honorar in Höhe von 52.250,00 EUR vereinbart.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 78.882,05 EUR resultieren aus einem abgeschlossenen Pachtvertrag der Bank mit einer Laufzeit bis Mai 2027 und zwei Kfz-Leasingverträgen mit einer Laufzeit bis Januar 2027.

D. Sonstige Angaben

Die BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH mit Sitz in Berlin ist im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg unter der Nummer HRB 5041 B eingetragen.

2024 wurden durchschnittlich 28 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (fünf Prokuristinnen und Prokuristen sowie 23 kaufmännische Angestellte) beschäftigt.

Geschäftsführer der Gesellschaft waren im Berichtsjahr:

Steffen Hartung, Berlin

Firmenkundengeschäft Marktfolge/Abwicklung, Compliance, Geldwäsche/Zentrale Stelle, Informationssicherheit, Innenrevision, IT, Marketing/Kommunikation/ÖA, Meldewesen, Recht/Grundsatz, Risikocontrolling/Buchhaltung, Revisionsbeauftragter

Peter Straub, Berlin

Firmenkundengeschäft Markt, Datenschutz, Personal.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Dem Aufsichtsrat gehörten

Dr. Caroline Toffel

Mitglied des Vorstandes der
Berliner Volksbank eG

Vorsitzende

Olaf Schulz

Generalbevollmächtigter Privat- und Firmenkunden der
Berliner Sparkasse

stv. Vorsitzender

(bis 29. Februar 2024)

Dr. Anja Dargel

Generalbevollmächtigte Privat- und Firmenkunden der
Berliner Sparkasse

(ab 1. März 2024)

stv. Vorsitzende

(ab 15. April 2024)

Christian Breckwoldt

Organisationsdirektor der

SIGNAL IDUNA Gruppe Organisationsdirektion Nord/Ost

Nils Busch-Petersen

Hauptgeschäftsführer des

Handelsverbandes Berlin-Brandenburg e. V. (HBB)

Andreas Roth

Niederlassungsleiter Firmenkunden Berlin & Großkunden Ost,

Mitglied der Geschäftsleitung der

Commerzbank AG – Mittelstandsbank Mitte/Ost

Henrik Vagt

Geschäftsführer Wirtschaft & Politik der

Industrie- und Handelskammer zu Berlin

Grit Westermann

Mitglied des Vorstandes/Sprecherin der

PSD Bank Berlin-Brandenburg eG

Jürgen Wittke

Hauptgeschäftsführer der

Handwerkskammer Berlin

an.

Stellvertretende Mitglieder des Aufsichtsrates waren

Christian Andresen

Präsident des
Hotel- und Gastronomieverbandes Berlin e.V. (DEHOGA Berlin)

Michael Dehnert

Leiter Kompetenzzentrum Berlin der
INTER Versicherungsgruppe

Thomas Killius

Direktor/Bereichsleiter Firmenkunden der
Berliner Volksbank eG

Till Kraetzer

Bereichsleiter Starter Center und Start-ups der
Industrie- und Handelskammer zu Berlin

Arne Lingott

Abteilungsleiter Betriebsberatung der
Handwerkskammer Berlin

Daniel Mohaupt

Mitglied des Vorstandes der
PSD Bank Berlin-Brandenburg eG

Karsten Scherff

Direktor Firmenkunden der
Deutsche Bank AG Corporate Bank

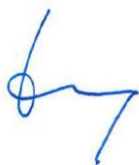
Bartho Schröder

Direktor/Leiter Kunden- und Produktmanagement der
Berliner Sparkasse

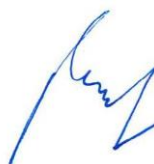
An die Mitglieder des Aufsichtsorgans wurden Aufwandsentschädigungen von
insgesamt 18.482,77 EUR gezahlt.

Berlin, 16. April 2025

BBB BÜRGERSCHAFTSBANK
zu Berlin-Brandenburg GmbH



Steffen Hartung



Peter Straub

Lagebericht

Allgemeines

Die BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH (BBB) hat sich die Aufgabe gestellt, die mittelständische Wirtschaft in Berlin zu fördern. Sie stellt Unternehmen aus Handwerk, Handel, Industrie und Dienstleistungen sowie Freiberuflern Bürgschaften und Garantien zur Verfügung, soweit die zu finanzierenden Vorhaben betriebswirtschaftlich überzeugen und keine eigenen Sicherheiten vorhanden sind. Die wirtschaftliche Lage des Mittelstands ist daher eine wichtige Einflussgröße für das Bürgschafts- und Garantiegeschäft der BBB.

Im Jahr 2024 dauerten die zwei militärischen Konflikte fort: Der Krieg in der Ukraine und die Auseinandersetzung Israels mit der Hamas im Gazastreifen. Beide Auseinandersetzungen führen weltweit zu wirtschaftlichen, aber auch politischen Verwerfungen, die neben dem humanitären Leid der Menschen in den direkt betroffenen Regionen auch die internationalen Beziehungen belasten.

Deutschland, als Land mit einem erheblichen Außenhandelsüberschuss, ist von der erfolgreichen internationalen Zusammenarbeit in besonderem Maße abhängig. Die Wahl in den USA mit dem Sieg der Republikaner und der Präsidentschaft Donald Trumps wird den internationalen Handel eher belasten.

Auch in Deutschland können politische Veränderungen im Rahmen der vorgezogenen Neuwahl die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflussen. Es bleibt zu hoffen, dass sich aus einer neuen Regierungskonstellation positive Impulse für die deutsche Wirtschaft ableiten lassen.

Dies umso mehr, da das Jahr 2024 mit einem deutlichen Anstieg an Unternehmensinsolvenzen einherging. So sind im Geschäftsjahr die Unternehmensinsolvenzen bundesweit gegenüber dem Vorjahr um 24,3 % gestiegen und liegen mit bundesweit 121.300 Unternehmen noch über den Post-Corona Werten von 2021 (Quelle: Creditreform Dezember 2024).

Insbesondere für Berlin stellt sich der Anstieg der Unternehmensinsolvenzen noch deutlicher dar. Eine Ursache liegt darin, dass bundesweit der Anteil an Unternehmensinsolvenzen stark von Ausfällen im Dienstleistungssektor (+ 27,1 % ggü. 2023) geprägt ist. Berlin mit einem traditionell hohen Anteil an Dienstleistungsunternehmen ist daher besonders betroffen. In den Beständen der BBB hat der Dienstleistungssektor ebenfalls einen erheblichen Anteil, so dass auch bei uns ein deutlicher Anstieg an Ausfällen durch Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen ist.

Die Europäische Zentralbank hat die Zinsen in der Eurozone 2024 gesenkt. Die reduzierten Zinsen haben jedoch nicht dazu geführt, ausreichende Impulse für zunehmende Investitionsbereitschaft zu schaffen.

So hat Deutschland 2024 zum zweiten Mal in Folge einen Rückgang des Wirtschaftswachstums zu verzeichnen. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ging das preisbereinigte BIP um 0,2 % zurück (Vorjahr: - 0,3 %).

In diesem Umfeld ist auch eine anhaltende Investitionszurückhaltung spürbar, die sich in teilweise rückläufiger Kreditnachfrage widerspiegelt.

Der ifo Geschäftsklimaindex als Barometer für die Geschäftslage von Unternehmen fiel zum Jahresultimo im Vergleich zum Dezember 2023 weiter und liegt deutlich unter den langjährigen Mittelwerten. Gleiches gilt per Dezember 2024 auch für die Erwartungen der Unternehmen.

Positiv für die Binnenkonjunktur in Deutschland ist, dass sich der GfK-Konsumklima-Index 2024 von den Tiefstständen des Jahres 2022 deutlich erholen konnte. Insgesamt befindet sich der Index jedoch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau und zeigt die geringe Kauflaune einheimischer Konsumenten.

Das Gründungsgeschehen in Deutschland bleibt gemäß „DIHK-Report Unternehmensgründung 2024“ auf einem niedrigen Niveau. Im Antragsverhalten für Gründungen mit Unterstützung der BBB zeigt sich für Berlin ein anderes Bild. So konnten wir im schwierigen wirtschaftlichen Umfeld des Jahres 2024 mit 110 Fällen (Vorjahr: 78) und einem Finanzmittelvolumen von rund 40 Mio. EUR (Vorjahr: 29 Mio. EUR) bei Existenzgründungen unterstützen. Unter den Existenzgründungen nimmt unverändert der Bereich der Nachfolgefinanzierungen einen wichtigen Stellenwert ein. So waren mit 35 Fällen (Vorjahr: 34) rund 32 % der Existenzgründungen Finanzierungen im Rahmen einer Unternehmensnachfolge.

Der Bedarf zur Aufnahme von Fremdkapital für kleine und mittelständische Unternehmen hat sich bei den aktuellen konjunkturellen Rahmenbedingungen und der Investitionsbereitschaft der Unternehmen zum Ende 2024 leicht erhöht (Quelle: KfW Research „KfW-Kreditmarktausblick“ aus Januar 2025). Diese Entwicklung ist auch im Bürgschaftsneugeschäft unseres Hauses für das abgelaufene Geschäftsjahr sichtbar. Hingegen ist die Nachfrage im Beteiligungsbereich zur Verstärkung von Eigenkapital unverändert verhalten.

Der deutliche Anstieg der notwendig gewordenen Ausfallzahlungen liegt im Rahmen unserer Erwartungen. Dennoch gehen wir von einem noch immer verzerrten Bild hinsichtlich der zu erwartenden Unternehmensausfälle aus und erwarten für 2025 nur leichte Entspannung.

Wir führen dies unverändert auf einen Nachholeffekt aus den Jahren 2021 und 2022 zurück, in denen vergleichsweise niedrige Ausfallraten zu verzeichnen waren. Die umfangreichen Maßnahmen der öffentlichen Hand im Rahmen der Corona-Pandemie haben vielen Unternehmen geholfen, die wirtschaftlichen Folgen zu verkraften. Sie haben aber auch zur Verzögerung einer Marktbereinigung geführt.

Die Prognosen zu den weltweiten, überregionalen und regionalen Umfeldentwicklungen sind unverändert schwierig und mit vergleichsweise hoher Unsicherheit versehen. Es wird für die Unternehmen, aber auch für die Banken und Sparkassen zunehmend wichtiger, durch eine hohe Anpassungsgeschwindigkeit auf Marktentwicklungen zu reagieren.

Auch wir müssen uns diesen Anforderungen als Bank, aber auch als Partner der KMU und der Kreditinstitute stellen.

Förderleistung 2024

Die wesentlichen Leistungsindikatoren sind das provisionstragende Bestandsvolumen und das Bewertungsergebnis. Das Bestandsvolumen wird vorrangig durch das angestrebte Neugeschäftsvolumen determiniert. Angestrebt wird darüber hinaus ein zumindest ausgeglichenes Betriebsergebnis nach Bewertung.

Die BBB konnte 2024 das Neugeschäftsvolumen gegenüber dem Vorjahr verbessern; die selbstgesteckten und anspruchsvollen Ziele wurden sogar deutlich übertroffen. Im Bereich der durchschnittlichen Bonitäten des genehmigten Bürgschafts- und Garantievolumens wurden die Ziele ebenfalls übertroffen. Negativ für das Bestandsvolumen wirken sich die Ausfallzahlungen aus, auch wenn diese im Rahmen unserer Erwartungen liegen.

Für das Bewertungsergebnis zeigt sich ein positives Bild. Hier liegt die BBB deutlich besser als erwartet und unterstreicht die Stabilität des Geschäftsmodells und die wirksame Geschäfts- und Risikopolitik der zurückliegenden Geschäftsjahre.

Die Entwicklung im Einzelnen:

2024 ist das Volumen der Kredite und Beteiligungen, für die eine Besicherung beantragt wurde, auf 105,3 Mio. EUR gestiegen (+ 11,7 %). Für Finanzierungen in Höhe von 87,6 Mio. EUR haben wir Bürgschaften und Garantien stellen können (+ 21,2 %). Damit liegen wir deutlich über den Ergebnissen des Vorjahres und auch über den ambitionierten Zielen des Geschäftsjahres 2024.

Das von uns neu übernommene Obligo beträgt 65,8 Mio. EUR (+ 23,1 %) und ist damit deutlich gestiegen. Die Genehmigung des Fördervolumens erfolgte zu unveränderten Maßstäben und in verkraftbarer Erhöhung des relativen kalkulatorischen Risikos. Zum Bilanzstichtag stieg der Gesamtbestand der Bürgschaften und Garantien (inklusive der nicht valutierenden Bürgschaften) vor Risikovorsorgebildung auf 297,4 Mio. EUR (nach 294,6 Mio. EUR im Vorjahr und 300,3 Mio. EUR in 2022).

Durch die Reduzierung der Haftungsanteile der öffentlichen Hand in der neuen Förderperiode von 2023 bis 2027 ist das Eigenobligo der Bank erwartungsgemäß von 70,4 Mio. EUR auf 77,3 Mio. EUR gestiegen.

Für 2024 weisen wir im Anlagegeschäft zum Jahresende 0,2 Mio. EUR Abschreibungen und 0,05 Mio. EUR Zuschreibungen bzw. realisierte Kursgewinne fälliger Anlagen aus. Das Bewertungsergebnis im Bürgschafts- und Garantiegeschäft ist 2024 deutlich positiver als erwartet (0,5 Mio. EUR) und weiterhin geprägt durch eine unverändert konservative Risikovorsorgepolitik in einem krisengeprägten Umfeld.

2024 leistete die Bank in 64 Fällen (Vorjahr: 49 Fälle) Ausfallzahlungen mit einem Volumen von 13,7 Mio. EUR (Vorjahr: 8,4 Mio. EUR) aus übernommenen Bürgschaften und Garantien. Der auf die BBB entfallende Eigenanteil beträgt 3,2 Mio. EUR (nach 1,9 Mio. EUR im Vorjahr und 0,8 Mio. EUR in 2022). Erfreulich ist, dass der Eigenanteil, trotz des kräftigen Anstiegs, unter unseren Prognosen liegt. Dies liegt daran, dass in hohem Maß Engagements ausgefallen sind, die mit der höheren „Corona“-Rückbürgschaft ausgestattet waren.

Als Geschäftsbesorgerin der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH (MBG) verantwortete die Bank auch die Umsetzung des Mikromezzaninfonds, der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz aus Mitteln des ERP-Sondervermögens und des Europäischen Sozialfonds bereitgestellt wurde.

Zum Bilanzstichtag beschäftigte die Bank insgesamt 32 Mitarbeiter, davon zwei Geschäftsführer und acht Teilzeitkräfte. Die Mitarbeiter sind im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages auch für die MBG tätig.

Ertragslage

Das Betriebsergebnis vor Bewertung in 2024 beträgt 4,7 Mio. EUR (Vorjahr: 4,9 Mio. EUR); es deckt das Risiko aus Bürgschaften und Garantien vollständig ab. Das Betriebsergebnis ergibt sich aus:

Provisionsüberschuss	EUR 8,3 Mio.	Vorjahr: EUR 7,8 Mio.
Zinsüberschuss	EUR 0,8 Mio.	Vorjahr: EUR 0,9 Mio.
Verwaltungsaufwand	EUR - 5,3 Mio.	Vorjahr: EUR - 4,6 Mio.
Sonstiges	EUR 0,9 Mio.	Vorjahr: EUR 0,8 Mio.

Der Neubedarf an Einzelrückstellungen liegt unter der Prognose, so dass erneut eine deutliche Zuführung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 3,8 Mio. EUR erfolgen konnte (Vorjahr: Zuführung in Höhe von 2,3 Mio. EUR).

Das Jahresergebnis in Höhe von 226 TEUR (Vorjahr: 152 TEUR) ermöglicht eine satzungsgemäße Zuführung zu den Gewinnrücklagen.

Risikolage

Die Bank hat zur Abdeckung des Kreditausfallrisikos Rückstellungen für Einzelrisiken in Höhe von 12,4 Mio. EUR (Vorjahr: 14,9 Mio. EUR) vorgenommen und damit die Risikovorsorge für Einzelrisiken nicht weiter erhöht. Im Bereich der Pauschalrückstellungen erfolgte keine wesentliche Veränderung. Unter Einbeziehung aller Risikovorsorgemaßnahmen sind 38,8 % des Obligos gedeckt (Vorjahr: 40,5 %).

Die Entwicklung der Quote ist erwartungsgemäß und auf die Einzelrückstellungen als auch die deutliche Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken zurückzuführen.

Diese Risikovorsorgequote ist - angesichts der im Kundensegment kleine und mittlere Unternehmen (KMU) deutlich volatilen Entwicklung - sinnvoll und angemessen. Der Risikovorsorgebedarf konnte aus dem Betriebsergebnis abgedeckt werden.

Finanz- und Vermögenslage

Die Vermögenswerte der Bank bestehen im Wesentlichen aus Sicht- und Termineinlagen bei Kreditinstituten, den erworbenen Bundes- und europäischen Staatsanleihen und der weitgehend zur Eigennutzung erworbenen Immobilie.

Wie im Vorjahr war auch 2024 die Finanzlage durch eine stets ausreichende Liquidität gekennzeichnet. Die Finanzlage war jederzeit stabil.

Die anrechenbaren Eigenmittel gemäß Teil 2/Titel 1 CRR in Höhe von 28,8 Mio. EUR (Vorjahr: 24,9 Mio. EUR) setzen sich zum 31.12.2024 (vorbehaltlich der endgültigen Feststellung des Jahresabschlusses) zusammen aus:

dem gezeichneten Kapital von	EUR 4,3 Mio. (Vorjahr: EUR 4,3 Mio.)
der Kapitalrücklage von	EUR 3,7 Mio. (Vorjahr: EUR 3,7 Mio.)
der Gewinnrücklage von	EUR 5,9 Mio. (Vorjahr: EUR 5,7 Mio.)
den Vorsorgepositionen von	EUR 15,0 Mio. (Vorjahr: EUR 11,2 Mio.)
abzüglich der immateriellen Vermögensgegenstände	EUR 0,1 Mio. (Vorjahr: EUR 0,0 Mio.)

(In der Aufsummierung kommt es zu Abweichungen aufgrund von Rundungsdifferenzen.)

Die Gesamtkapitalquote liegt zum Stichtag 31.12.2024 nach Feststellung des Jahresabschlusses bei 32,10 % und damit deutlich über der von der BBB erwarteten Gesamtkapitalanforderung einschließlich Eigenmittelempfehlung von 19,50 %, der Kernkapitalanforderung von 9,5 % und der harten Kernkapitalanforderung von 7,13 %. Die Anforderungen gemäß CRR wurden eingehalten.

Insgesamt spiegeln die Ertrags-, Finanz-, Vermögens- und Risikolage eine solide Situation der Bank wider.

Risikobericht

Die BBB hat gemäß § 25a Abs. 1 S. 1 und 2 KWG ein Risikomanagement zur Sicherung des Fortbestandes der Bank eingerichtet, das ständig weiterentwickelt wird. Es beinhaltet die Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung, des Marktes, der Rahmenbedingungen sowie die Berücksichtigung allgemeiner unternehmerischer Risikofaktoren ebenso wie die Beobachtung spezieller Bankrisiken: Adressenausfall-, Liquiditäts- und Marktpreisrisiken sowie operationelle Risiken und sonstige Risiken. Nach Neuverhandlung der Rückbürgschafts- und -garantieerklärungen für 2023 bis 2027 sind die Bürgschaften auf 2,0 Mio. EUR sowie Garantien auf grundsätzlich 1,5 Mio. EUR, in Ausnahmefällen bis maximal 2,5 Mio. EUR, begrenzt.

Daneben erfolgt die Identifizierung, Bewertung, Begrenzung und Überwachung der vorgenannten Risiken EDV-gestützt mit einem Limitsystem. Die Summe der in die Risikotragfähigkeit einbezogenen Bewertungen unterschreitet das Gesamtbankrisikobudget, so dass die Risikotragfähigkeit der Bank gegeben ist. Die Auslastung der in der ökonomischen Perspektive festgelegten Limite liegt bei 59,7 % zum Bewertungsstichtag.

Die Überwachung der Adressenausfallrisiken erfolgt durch eine eingehende Prüfung vor Obligoübernahme sowie durch eine anschließende laufende Überwachung. Dazu werden je nach Ausgangslage vergangenheitsbezogene Bilanzzahlen und bzw. oder Businesspläne analysiert. Ergänzend wird im Kundengeschäft ein gemeinsam mit den übrigen Bürgschaftsbanken entwickeltes Ratingsystem eingesetzt. Die Schätzung des erwarteten Ausfallrisikos im Kundengeschäft erfolgt auf Basis des Ratings und der Justierung über einen bankspezifischen Anpassungsfaktor. Zur Ermittlung des unerwarteten Ausfallrisikos nutzt die Bank das aufsichtlich anerkannte Gordy-Model für alle Geschäftsfelder.

Die Bank teilt den Bürgschafts- und Garantiebestand in drei Risikoklassen entsprechend der jeweiligen Ausfallgefährdung ein; die Einstufung erfolgt situationsabhängig sowohl bei aktuellen Bonitätsänderungen als auch in festgelegten Intervallen. Das Management-Informationssystem ermöglicht jederzeit einen Überblick u. a. über die Verteilung des Bürgschafts- und Garantievolumens nach Branchen, Größenklassen und Risikofaktoren sowie den Risikovorsongebedarf.

In den Geldanlagen sind die Adressenausfallrisiken gering, da die Bank im Wesentlichen bei ihren Gesellschafterbanken kontrahiert. Mit Anpassung der Anlagestrategie in 2022 erfolgte die Anlage in Schuldtitel der Bundesrepublik Deutschland und weiterer bonitätsstarker Länder der Europäischen Union. Mit dieser Maßnahme haben wir neben dem Diversifikationsgedanken auch die Rendite-Spreads zu den Bundestiteln genutzt. Die Bank gilt als Nichthandelsbuchinstitut. Die durch die BBB vorgegebenen Anlagerestriktionen zur Anlagestrategie sowie die einschlägigen Stressszenarien und Risikokennziffern werden regelmäßig überwacht.

Marktpreisrisiken in Form von Zinsänderungsrisiken oder Kursrisiken sind in überschaubarem Umfang vorhanden.

Hinsichtlich der langfristig zur Verfügung stehenden Anlagemittel halten wir an der konservativen Anlagestrategie fest.

Das Liquiditätsrisiko ist bedingt durch das vergleichsweise konstante Geschäft und die jederzeit bzw. kurzfristig verfügbaren Bankguthaben bzw. Termingelder gering. Die Zahlungsströme sind weitgehend planbar.

Die Bank ermittelt und steuert die operationellen Risiken ebenfalls mittels eines innerbetrieblichen Überwachungssystems. Unter strenger Beachtung der internen Richtlinien sowie der Allgemeinen Bürgschafts- und Garantiebestimmungen sind die Rechtsrisiken als gering zu bewerten. Auch Betriebsrisiken bestehen nur in eingeschränktem Umfang, da ihnen durch die Einschaltung Dritter, z. B. im EDV-Bereich, zu begegnen ist.

Risiken im Personalbereich werden durch verschiedene Maßnahmen (z. B. Vergütungssystem, Weiterbildung, Gesundheitsmanagement) begrenzt.

Bestandsgefährdende Risiken bestehen für die BBB im Hinblick auf

- die Rückbürgschaften Land in Höhe von 80 % des einzelnen Bürgschaftsbetrages (Land Berlin: 80 %) im Rahmen der Wirtschaftsförderprogramme „bbbsocial“ und „bbbwelcome“
- die Rückbürgschaften von Bund und Land in Höhe von 65 % des einzelnen Bürgschaftsbetrages (Bund: 39 %, Land Berlin: 26 %) sowie auf
- die Rückgarantien von Bund und Land in Höhe von 70 % des einzelnen Garantiebetrages (Bund: 39 %, Land Berlin: 31 %)

nicht.

Risikotragfähigkeit

Zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit wird neben der „Normativen Perspektive“ (in Fortsetzung des Kapitalplanungsprozesses) auch die „Ökonomische Perspektive“ (Barwertnahe Betrachtung) genutzt. Die sinnvolle Verknüpfung bzw. der Quervergleich beider Perspektiven dient dabei dem Ziel der Erfüllung der aufsichtlichen Anforderungen und der langfristigen Fortführung des Institutes aus eigener Substanz und Ertragskraft.

Ergänzt wird das Risikotragfähigkeitskonzept durch entsprechende Stresstests. Über die Verknüpfung mit den internen Risikosteuerungs- und Controllingprozessen wird die Einhaltung aller Vorgaben der Geschäfts- und Risikostrategie sichergestellt.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung kann die Bank die aufsichtlichen Anforderungen erfüllen und hat eine positive langfristige Fortführungsprognose.

Prognose- und Chancenbericht

Wir stehen unverändert vor massiven geopolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Die Auswirkungen des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine sind hinsichtlich seiner wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen quantitativ noch nicht zu bewerten. Der Konflikt in Israel wird zu weiteren politischen globalen Spannungen mit schwer absehbaren Ergebnissen führen. Weiterhin schwer zu bewerten sind auch die Auswirkungen der Wahlen in den USA, die politisch und wirtschaftlich einen sehr hohen Einfluss auf die Welt, Europa und Deutschland haben können. Gleichzeitig steht die Gesellschaft hinsichtlich der Auswirkungen der Klimaentwicklung vor gewaltigen transformatorischen Anforderungen. Mit dem Angebot zur Unterstützung für Finanzierungen kleiner und mittlerer Unternehmen sehen wir die BBB gut aufgestellt. Wir erwarten, dass die Suche nach effizienter und haushaltsschonender Förderung wieder an Bedeutung

gewinnt. Gleichzeitig werden mit erschwerten wirtschaftlichen Bedingungen und steigenden Ausfällen bei Unternehmen die Banken und Sparkassen vermehrt das Thema Risikominderung in den Fokus rücken.

Als deutsche Bürgschaftsbanken insgesamt und auch als BBB können wir einer Nachfrage nach punktgenauen Förderinstrumenten ein sinnvolles Angebot entgegenstellen. Mit den aktuellen Rückbürgschaften und -garantien bis 2027 hat sich unser Angebot für Unternehmen und Banken erwartungsgemäß verbessert. Neben gestiegenen Höchstbeträgen konnten auch Bedingungen erreicht werden, die zu Prozesserleichterungen bei den Hausbanken führen sollten.

Nachfolgend die Prognose der Leistungsindikatoren:

Prognose	2025
Neugeschäftsvolumen zu verbürgende Kredite/zu garantierende Beteiligungen	EUR 87,8 Mio.
Bestandsvolumen Bürgschaften/Garantien	EUR 291,8 Mio.
Bewertungsergebnis	EUR -3,2 Mio.
Betriebsergebnis nach Bewertung	> 0

Mit diesen Erwartungen unserer wesentlichen Leistungsindikatoren setzen wir unseren erfolgreichen Kurs weiter fort. Wir folgen damit weiter einem mittel- und langfristigen Wachstumskurs. Wir sind zuversichtlich, dass wir mit diesen Zielwerten unverändert und trotz des unwägbaren wirtschaftlichen Umfeldes unsere Position als verlässlicher Partner der Banken, Sparkassen und des Berliner Mittelstandes weiter ausbauen.

Berlin, 16. April 2025

BBB BÜRGSCHAFTSBANK
zu Berlin-Brandenburg GmbH

Steffen Hartung

Peter Straub

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin (im Folgenden "Gesellschaft") - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit §§ 340k, 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts - ohne weitere Querverweise auf externe Informationen -, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Davon werden uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts - ohne weitere Querverweise auf externe Informationen -, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der

insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit §§ 340k, § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hannover, 25. April 2025

AWADO GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Katja Hampe

Wirtschaftsprüferin

Holger Rosenhagen

Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates 2024

Im vergangenen Jahr hat der Aufsichtsrat seine Überwachungsfunktion mit der gebotenen Sorgfalt wahrgenommen und die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse in drei Sitzungen gefasst. In sieben sachlich gerechtfertigten Einzelfällen erfolgten Beschlussfassungen im schriftlichen Umlaufverfahren. Die Umsetzung aller Beschlüsse wurde vom Aufsichtsrat kontinuierlich nachgehalten. Damit hat er alle ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates unterlagen im Geschäftsjahr 2024 keinen Interessenkonflikten, die Auswirkungen auf die Arbeit des Aufsichtsrates gehabt haben könnten.

Der Aufsichtsrat hat im Kalenderjahr zwei ordentliche und eine außerordentliche Sitzung durchgeführt. Im Rahmen der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung erfolgte die Vorstellung der bisherigen und weiteren Schritte zur Vorbereitung eines Geschäftsführerwechsels.

Wesentliche Inhalte der Aufsichtsratssitzungen

Das Geschäftsjahr 2024 war geprägt von einer schwierigen politischen und gesamtwirtschaftlichen Situation in Deutschland. Bei negativen Konjunkturindikatoren zeigte sich ein starker Anstieg im Insolvenzgeschehen von kleinen und mittleren Unternehmen und eine rückläufige preisbereinigte Wirtschaftsleistung.

Die Geschäftsführung berichtete in den Sitzungen des Aufsichtsrates über die finanzielle Entwicklung, die Ertragslage sowie die strategische Ausrichtung der Bank. Des Weiteren wurde über die Unternehmensplanung, das Risiko- und Liquiditätsmanagement und über Geschäfte und Ereignisse informiert, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren. Die Berichte zur Finanz- und Risikosituation wurden in jeder ordentlichen Sitzung behandelt. Ferner wurde der Aufsichtsrat quartalsweise mit den Risikoberichten über Geschäftsgang und Risikoentwicklung der Bank informiert.

Es gab keine Anhaltspunkte für Verstöße gegen bankaufsichtsrechtliche Regelungen, insbesondere im Bereich des Risikomanagements oder sonstiger interner oder externer Kontrollen.

Der Aufsichtsrat unterstützt alle Schritte der Bank nachdrücklich, die Unternehmenskultur auf allen Ebenen weiterzuentwickeln und damit eine weitere Basis für die Herausforderungen der Zukunft zu legen.

Im Rahmen der ordentlichen Aufsichtsratssitzung vom 12. Dezember 2024 wurde über den Geschäftsführerwechsel und die Verlängerung des verbleibenden Geschäftsführers beraten.

Die Arbeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat aufgrund der Proportionalität im Hinblick auf Größe und Komplexität des Geschäftes der Bank auf die Einrichtung von Ausschüssen i. S. d. § 25d Abs. 7ff. KWG verzichtet. Sämtliche Aufgaben nimmt der Aufsichtsrat als Gesamtorgan wahr.

Zur Vorbereitung für die Beschlüsse des Aufsichtsrates in Personalangelegenheiten ist ein Personalausschuss eingerichtet. Im zurückliegenden Geschäftsjahr tagte der Personalausschuss in zwei Sitzungen mit der Geschäftsführung. Der Personalausschuss hat sich zum Vergütungssystem und der damit einhergehenden Einhaltung der Institutsvergütungsverordnung im Jahr 2024 berichten lassen. Darüber hinaus beschäftigte er sich mit der strategischen Nachfolgeplanung in der Geschäftsführung. In mehreren Sitzungen wurden die Personalentscheidungen für den Aufsichtsrat vorbereitet.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung, Einhaltung bankaufsichtsrechtlicher Vorschriften

Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 wurden durch den Jahresabschlussprüfer AWADO GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft geprüft, als mit den gesetzlichen Vorschriften in Übereinstimmung stehend befunden und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Abschlussprüfer berichtete dem Aufsichtsrat in der Sitzung vom 15. Mai 2025 über die wesentlichen Prüfungsergebnisse.

Der Aufsichtsrat hat – ebenfalls in der Sitzung am 15. Mai 2025 – über die Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung beraten. In diesem Zusammenhang hat er vorab Einsicht in Jahresabschluss, Jahresbericht, Lagebericht und die Entscheidung der Geschäftsführung zur Verwendung des Jahresüberschusses erhalten. Nach seiner Beurteilung sind keine Einwendungen gegen den Jahresabschluss oder den Lagebericht zu erheben. Der Aufsichtsrat billigt den von der Geschäftsführung zum 31. Dezember 2024 aufgestellten Jahresabschluss. Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den von der Geschäftsführung vorgelegten Jahresabschluss 2024 festzustellen.

Personalien Aufsichtsrat und Geschäftsführung

Im Berichtsjahr gab es eine Änderung im Aufsichtsrat:

Olaf Schulz, Berliner Sparkasse, hat sein Mandat zum 29. Februar 2024 niedergelegt. Für ihn wurde Dr. Anja Dargel, Berliner Sparkasse, zum ordentlichen Mitglied in den Aufsichtsrat der Bank bestellt. Der Aufsichtsrat hat Dr. Anja Dargel am 15. April 2024 zur stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates gewählt.

Der Aufsichtsrat bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank für ihre erfolgreiche Arbeit.

Für den Aufsichtsrat
Die Vorsitzende

Berlin, 15. Mai 2025

Dr. Caroline Toffel



BürgschaftsBank
Berlin

Impressum

BBB Bürgschaftsbank zu
Berlin-Brandenburg GmbH

Franklinstraße 6
10587 Berlin

Telefon 030-311 00 4-0
Telefax 030-311 00 4-55
info@buergschaftsbank.berlin
be.ermoeglicher.de

